

# Gegen den Strom

Autor(en): **Forster, Peter**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **91 (2016)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Gegen den Strom



Die vorliegende Ausgabe des SCHWEIZER SOLDAT ist mit der heissen Nadel gestrickt – sie geht am Montag, den 14. März 2016, in Druck.

Zwar kennen wir dann den Namen des neuen SOG-Chefs, der am Samstag gewählt wird (Seiten 26/27). Doch zum Armeebudget prallen die Seiten 8 und 9 immer noch aufeinander, wenn die Nummer gedruckt ist.

20 Milliarden für die Armee beschloss nun auch der Ständerat – nur 18,8 Milliarden wollte ihr der Bundesrat zugestehen. Und die SVP drohte, am 18. März die WEA zu kippen, wenn der Bundesrat nicht einlenke.

Wie der Krimi noch ausging, war bei Drucklegung offen. Das ist nicht weiter schlimm. Was zu denken gibt, ist die sture Haltung des Bundesrats im epischen Ringen um das Armeebudget.

Was zu denken gibt, ist die Tatsache, dass es kein Departement so schwer hat, seine dringend notwendigen Ressourcen zu beschaffen wie das VBS. Seit 1989 profitierten andere Dikasterien von der dummen Friedensdividende, die für alle möglichen Begehrlichkeiten erhalten musste.

Mit der grossen Kelle erteilte die Politik der Armee XXI Aufträge. Aber sie verweigerte der Armee die entsprechenden Ressourcen. Es folgte Flickwerk um Flickwerk – mit dem Ergebnis, dass nun die neue Armee die Schäden zur Mobilmachung, Ausrüstung und Ausbildung beheben muss.

2011 regte sich im Ständerat Widerstand gegen die Steinbruch-Politik namentlich des Bun-

desrates. Mehrmals sprach das Parlament der Armee fünf Milliarden Franken im Jahr zu – und immer wieder unterlief der Bundesrat die eindeutigen Beschlüsse der Legislative.

Das war ein Trauerspiel. Es ist doch eine Schande, dass die Armee, die als Schicksalsgemeinschaft von Schweizern, die unter Inkaufnahme höchster Opfer für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes kämpfen, darum betteln muss, dass sie die Ausrüstung und Ausbildung erhält, die sie dringend braucht.

\*

Muss es so sein, dass jeder, der für die Sicherheit der Schweiz einsteht, gegen den Strom schwimmt? Der Eindruck vertieft sich, wenn wir an die innere Sicherheit denken. Der 11. September 2001 war ein Fanal. Rund um die Schweiz verschärften die Staaten im Kampf gegen den Terror ihre Gesetze; nur wir blieben stehen.

In der Abwägung von Freiheit und Sicherheit malten die Gegner strengerer Gesetze den Teufel an die Wand. Sie bemühten das ganze Panoptikum von den «Schlapphüten» über den «grossen Lauschangriff» bis zum «Schnüffelstaat» – mit dem Resultat, dass die Schweiz zum Ruhe- und Organisationsraum von Terrorgruppen wurde.

Jetzt endlich, 15 Jahre nach 9/11, liegt ein Gesetz vor, das einerseits unseren Staatsschutz den strengstmöglichen Kontrollen unterwirft, ihm andererseits aber auch die Instrumente gibt, die er seit anderthalb Jahrzehnten braucht. Bundesrat und Parlament sind sich für einmal einig.

Gefahr droht vom Referendum, welches am 2. Februar 2016 mit 56 055 Unterschriften zustande kam. Abgestimmt wird im Herbst. Es ist zu wünschen, dass das neue Gesetz durchgeht. Es mag zynisch sein – aber womöglich hilft Paris.

Peter Forster, Chefredaktor